



Rundfunk Berlin-Brandenburg / Nachrichten

Stand: 10.09.2007 17:30 Uhr

URL: http://www.rbb-online.de/_/nachrichten/politik/beitrag_jsp/key=news6398088.html

Umwelt

Lompscher: Auf Klimawandel reagieren

Klimaschutz ist nach den Worten der Berliner Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Linke) die Herausforderung für die Politik in den kommenden Jahren.

Neben Hitzewellen würden Stürme, sturzflutartige Regenfälle mit Überschwemmungen zunehmend Probleme bereiten, sagte sie am Montag bei der ersten Sitzung des Klimaschutzrates in Berlin. "Darauf müssen wir reagieren".

Sie sei daher froh, 16 Fachleute aus Wissenschaft und Energiewirtschaft gewonnen zu haben. Der Klimaschutzrat soll das Land als eigenständiges Expertengremium bei der Umsetzung des Landesenergieprogramms 2006 bis 2010 unterstützen und mithelfen, das Energiekonzept 2020 zu erarbeiten.

Zudem wird er sich mit dem Thema befassen, wie die Folgen des Klimawandels zu bewältigen sind. Die Wohnungswirtschaft kritisierte indes, nicht in dem Gremium vertreten zu sein.

Die 368 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften in Berlin und Brandenburg verfügten über umfangreiche Erfahrungen und Datenbestände in Sachen energetischer Sanierung, sagte ein Sprecher.

© Tuesday, 11-Sep-2007 09:32:21 CEST [rbb-online.de](http://www.rbb-online.de)

Berlin: Klimaschutz ist eine Herausforderung für die Politik

dpa-Meldung, 10.09.2007 (19:18)

Berlin - Berlins Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Linke) sieht im Klimaschutz die Herausforderung für die Politik in den kommenden Jahren. So würden Hitzewellen künftig häufiger auftreten, sagte Lompscher am Montag laut einem vorab verbreiteten Text zur ersten Sitzung des Berliner Klimaschutzrates. "Auch Stürme, sturzflutartige Regenfälle wie in diesem Jahr und Überschwemmungen machen uns zunehmend Probleme. Darauf müssen wir reagieren." Sie sei daher froh, 16 Fachleute aus Wissenschaft und Energiewirtschaft dafür gewonnen zu haben.

Der Klimaschutzrat war im Juli einberufen worden. Er soll das Land als eigenständiges Expertengremium bei der Umsetzung des Landesenergieprogramms 2006-2010 unterstützen und an der Erstellung des Energiekonzepts 2020 mitarbeiten. Zudem wird er sich mit dem Thema Klimafolgenmanagement beschäftigen.

Die Wohnungswirtschaft kritisierte indes, nicht in dem Gremium vertreten zu sein. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) hielt Lompscher vor, dass die Unternehmen für ihre Mieter Milliarden investiert hätten, um den Energiebedarf der Wohnungen zu senken. Sie verfügten über umfangreiche Erfahrungen und Datenbestände in Sachen energetischer Sanierung. Deshalb dürfe die Wohnungswirtschaft im Klimaschutzrat nicht fehlen. Dem BBU gehören nach eigenen Angaben 368 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften in Berlin und Brandenburg mit gut 1,1 Millionen Wohnungen an.

Nachrichten

- ▶ [News für Ihre Homepage](#)
- ▶ [RSS-Feed](#) 
- ▶ [Nachrichten-Archiv](#)
- ▶ [Pressemitteilungen](#)

Begriff	Archivsuche
ihr@name.de	Newsletter

Weitere Nachrichten vom 10.09.2007

- [Berlin: Klimaschutz ist eine Herausforderung für die Politik](#)
- [Atomkraftgegner wollen das Aus für Kernkraftwerk im Elsass erreichen](#)
- [Gabriel und Klimaschutz-Experten drängen USA zum Mitmachen](#)
- [Ministerium prüft Vorschläge von Vattenfall für mehr AKW-Sicherheit](#)
- [Bayern will fortan auf Biomasse setzen](#)
- [RAG-Chef Müller: Nicht auf Kohle und Kernkraft verzichten](#)
- [Merkel und Sarkozy wollen Siemens-Areva-Kooperation beibehalten](#)
- [Energie-Agentur: Industrieländer sparen zu wenig Energie](#)
- [Oldenburger Energieversorger EWE erhöht Strompreis](#)
- [Minister: China bei Bekämpfung des Klimawandels dabei](#)
- [Sarkozy fordert Deutschland zu Abkehr von Atomausstieg auf](#)
- [Einigkeit zwischen Bundesnetzagentur und Stromkonzernen](#)
- [Gabriel und Glos wollen Weichen für Klima-Investitionen stellen](#)
- [Merkel wünscht sich Fortsetzung von Areva-Siemens-Kooperation](#)
- [Energieverbrauch in Thüringen ist seit Jahren konstant](#)
- [Gleneagles-Dialog der größten Energieverbraucher eröffnet](#)

Strom-Tarifrechner

kWh/Jahr	4000
Kunde	Privat
PLZ	69115
anzeigen	

Strom-Nachrichten

[Berlin: Klimaschutz ist eine Herausforderung für die Politik](#)

[Atomkraftgegner wollen das Aus für Kernkraftwerk im Elsass erreichen](#)

[Gabriel und Klimaschutz-Experten drängen USA zum Mitmachen](#)

[Ministerium prüft Vorschläge von Vattenfall für mehr AKW-Sicherheit](#)

[Bayern will fortan auf Biomasse setzen](#)

[RAG-Chef Müller: Nicht auf Kohle und Kernkraft verzichten](#)

[Merkel und Sarkozy wollen Siemens-Areva-Kooperation beibehalten](#)

[Energie-Agentur: Industrieländer sparen zu wenig Energie](#)

[Oldenburger Energieversorger EWE erhöht Strompreis](#)

[Minister: China bei Bekämpfung des Klimawandels dabei](#)

[Sarkozy fordert Deutschland zu Abkehr von Atomausstieg auf](#)

[Einigkeit zwischen Bundesnetzagentur und Stromkonzernen](#)

[Gabriel und Glos wollen Weichen für Klima-Investitionen stellen](#)

[Merkel wünscht sich Fortsetzung von Areva-Siemens-Kooperation](#)

[Energieverbrauch in Thüringen ist seit Jahren konstant](#)

Startseite | zurück | RSS | Sitemap | Impressum | Kontakt | Über uns | Werben

Deutsches Verbände Forum

verbaende.com

Mittwoch, 12.09.2007

Suche

[Pressemitteilung] PARTNER DER VERBÄNDE

Controlling in Verbänden und Organisationen

Grundlagen & Praxis: Einführung eines wirksamen Verbandscontrollings
Donnerstag, 08. November 2007 in Bonn

» Berliner Klimaschutzrat: „Verbraucherschutz und Praxissicht unterrepräsentiert“ / Wohnungswirtschaft von Ausschluss befremdet

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)
(Verbandspresse, 11.09.2007 10:32)

(Berlin) – Heute (10. September 2007) stellt Umweltsenatorin Karin Lompscher ihren neuen Klimaschutzrat der Öffentlichkeit vor. Die Wohnungswirtschaft ist hier nicht vertreten. Dies hat der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) mit Befremden zur Kenntnis genommen. „Die Wohnungswirtschaft hat sich beim Klima- und Verbraucherschutz profiliert. Sie hat für ihre Mieter Milliarden investiert, um den Energiebedarf der Bestände zu senken. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrungen und Datenbestände in Sachen energetischer Sanierung. Wie kann es also sein, dass ausgerechnet sie im Klimaschutzrat fehlt?“

Die Einrichtung eines Klimaschutzrates sei prinzipiell sinnvoll und zu begrüßen, so Burkardt. „In der jetzigen Konstellation kommen Verbraucherschutz und Praxissicht aber viel zu kurz.“ Mit GASAG und Vattenfall seien gleich zwei große Energieunternehmen vertreten: „Denen geht es vor allem um Umsätze, nicht um Verbraucherschutz. Hier muss befürchtet werden, dass bei Beratungen des Klimaschutzrates Verbraucherinteressen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Folge sind weiter steigende Preise.“ Die Wohnungsunternehmen seien hingegen mit kostengünstigen Klimaschutzmaßnahmen vertraut.

Hinzu komme, dass durch den Ausschluss der Wohnungswirtschaft eine wesentliche Praxisstimme fehle. „Die Wohnungswirtschaft hätte dem Klimaschutzrat wirklich belastbare Energiebedarfsdaten im Wohnungsbereich zur Verfügung stellen können. Jedes Jahr wertet der BBU zusammen mit Partnern die Daten von 20.000 Wohngebäuden in der Hauptstadtregion aus. Das sind jedes Jahr Daten von 600.000 Wohnungen. Wir verfügen daher über verlässliches Material zum Energiebedarf im Wohnungsbereich.“

Burkardt: „Ich kann mir nicht erklären, wieso die Umweltsenatorin auf dieses Wissen verzichten will. Hier kommt der Verdacht auf, dass es sich eher um Aktionismus handelt. Es bleibt nur zu hoffen, dass am Ende nicht der Verbraucher wieder mal die Zeche für realitätsferne Vorgaben der Politik zahlt.“

Seit 1991 haben die Berliner Mitgliedsunternehmen des BBU gut 19 Milliarden Euro in Instandsetzung, Instandhaltung und Modernisierung ihrer Bestände investiert. Mittlerweile sind hier 85 Prozent ganz oder teilweise modernisiert. Der Heizenergiebedarf je Quadratmeter konnte so im Bestand um 20 Prozent reduziert werden. Die CO2-Emissionen gingen um über 25 Prozent zurück. Die sektorbezogenen Ziele des Kyoto-Protokolls wurden von der Wohnungswirtschaft deutlich übererfüllt.

Unter dem Dach des BBU sind 368 Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

Quelle/Kontaktadresse:
Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)
Dr. David Eberhart, Pressesprecher
Lentzeallee 107, 14195 Berlin
Telefon: (030) 897810, Telefax: (030) 89781249

eMail: info@bbu.de
Internet: <http://www.bbu.de>

(dvt, el)

MEHR ZUM THEMA

Themenverwandte Pressemitteilungen:

- » Klimaschutz
- » Energienutzung und -lieferanten
- » Emissionshandel

Weiterführende Informationen:

- » weitere Pressemeldungen des Verbandes anzeigen
- » zum Verbandsprofil
- » Übersicht Pressemitteilungen

MEHR ZUM THEMA

Themenverwandte Pressemitteilungen:

- » Klimaschutz
- » Energienutzung und -lieferanten
- » Emissionshandel

Weiterführende Informationen:

- » weitere Pressemeldungen des Verbandes anzeigen
- » zum Verbandsprofil
- » Übersicht Pressemitteilungen

VERANSTALTUNGEN

12.09.2007
Baden Messe - mit
Badischer Handwerks- und
Gewerbe...
(Freiburg Wirtschaft Touristik
und Messe GmbH & Co. KG)

12.09.2007
5. BIBB-Fachkongress 2007
(Bundesinstitut für
Berufsbildung)

12.09.2007
BVMed-Innovationsforum
zur Bewertung neuer
Medizin...
(Bundesverband
Medizintechnik e.V.)

VERBÄNDEREPORT

Vergütungsstrukturen in
Verbänden (Ausgabe
06/2007)

Verbände report

» Verbändereport Archiv

NEUER WORKSHOP!

Medientraining
für Verbände

TOP-THEMEN

Verbandspreise zu:

- » Emissionshandel
- » Konjunktur
- » Klimaschutz
- » Erbschaftssteuer
- » alle Top-Themen

PRESSE

- » aktuelle Verbandspreise:

Dekubitus-Forum:
„Vorsorge und Therapie von
Druckgeschwüren muss

Kölner Verbände Seminare

Praxis der
Verbandsbesteuerung
13. September 2007 in Bonn

Das neue Gemeinnützigkeits-
und Spendenrecht
27. September in Bonn

Medientraining für Verbände
30. Oktober in Bad Honnef

Controlling in Verbänden
und Organisationen
8. November 2007 in Bonn

Parlamentarisches Lobbying
für Verbände
12. November in Berlin

Mitgliedmarketing in
Verbänden und
Organisationen
13. November 2007 in Berlin

Haftungsrisiken von
Geschäftsführung und
Vorstand im Verband
15. November 2007 in Bonn

Hauptamt und Ehrenamt
29. November 2007 in Bonn

www.verbaendeseinare.de

Schwerpunkt

Verbände report

Verband & Tagung
Schwerpunkt:
Tagen
in Kongresszentren

Die Ausgabe 07/07 des
Verbändereport legt im
Tagungsbereich den Schwer-
punkt Tagungsmöglichkeiten
in Kongresszentren.

Fragen zu Werbe-
schaltung, Advertorial und
Beilagen an
Frau Seval Akkocaoglu-
Beckmann
(02 28) 93 54 93 - 30
oder per eMail
info@verbaendereport.de

Kölner Verbände Seminare

Kölner Verbände Seminare